Ost/Mag
Wissenschaftliche Beiträge des Ostinstituts Wismar
Ostinstitut/Wismar

Die EU und Russland

Autor: Hans-Joachim Schramm [*] **Stand: Juni 2021**

Am 16. Juni 2021 hat die EU-Kommission ein Communiqué zu den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation veröffentlicht.[1] Eingeleitet wird dieses Dokument von der Aussage der Kommissionspräsidentin *von der Leyen*, dass die Geographie Russland und die EU zwar verbänden, das aggressive Verhalten der russischen Regierung aber eine Negativspirale in Gang gesetzt habe. Der Außenbeauftragte der EU *Borrell* ergänzt, dass eine erneuerte Partnerschaft mit Russland, die eine engere Kooperation erlauben würde, in weiter Ferne scheint. Das gegenwärtige Bestreben müsse darauf gerichtet werden, Russland gleichzeitig zurück zu weisen, einzuhegen und sich zu engagieren (push back, constrain, engage with Russia). So auch der Titel des Communiqués ‚Joint Communication of the European Parliament, the European Council and the Council on EU-Russia relations – Rush back, constrain and engage'.[2]

Das Communiqué war vom Europäischen Rat in Auftrag gegeben worden, im Lichte der von ihm formulierten fünf Prinzipien der EU-Politik gegenüber Russland Politikoptionen zu formulieren. Die fünf Prinzipien lauten wie folgt:

- Vollständige Umsetzung des Minsker Abkommens,
- Stärkung der Beziehungen zu den östlichen Partnern der EU und weiteren Nachbarn,
- Stärkung der Widerstandskraft der EU,
- Ausgewählte Zusammenarbeit mit Russland auf Gebieten im Interesse der EU,
- Kontakte auf der Ebene der Bevölkerung und Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft.

Zitierweise: Schramm, H.-J., Die EU und Russland, O/L-1-2021, https://www.ostinstitut.de/documents/Schramm_Die_EU_und_Russland_OL_1_2021.pdf.

[*] Prof. Dr. Hans-Joachim Schramm, Ostinstitut Wismar.

[1] Joint Communication on the EU'S relation with Russia, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_3010.

[2] https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/joint-communication-eu-russia-relations.pdf

In dem Papier wird ein eingehender Sachstandsbricht zu den Hintergründen und dem Stand der Entwicklung in den jeweiligen Bereichen gegeben. Es wird eingeleitet mit einer Auflistung der Ereignisse, die seit 2014 aus Sicht der EU Grund für die Verschlechterung der Beziehungen sind und den Hinweis auf den Umstand, dass Unternehmen aus der EU für Russland die wichtigsten Handelspartner und mit Abstand die größten Investoren sind. In der entgegengesetzten Richtung ist die Bedeutung russischer Unternehmen für Handelspartner in der EU weit geringer.

In Bezug auf die Umsetzung des Minsker Abkommens wird Russland ein obstruktives Verhalten vorgeworfen und die Verknüpfung der Sanktionen mit der Implementierung des Abkommens betont.

Mit Blick auf die östlichen Partnerschaften weist die EU einen russischen Anspruch auf Einflusssphären zurück und betont demgegenüber das Selbstbestimmungsrecht der östlichen Partner. Dieser soll durch die Partnerschaftsabkommen einschließlich der Länder Zentralasiens befördert werden.

Die Widerstandskraft der EU soll durch eine Verringerung von Abhängigkeiten, insbesondere im Energiebereich gestärkt werden. Dazu kommen Maßnahmen zum Schutz vor Cyber-Attacken und Desinformationskampagnen.

Zu den Gebieten, auf denen die EU Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Russland sieht, gehören der Klimaschutz, der Umgang mit Bedrohungen der Umwelt, der Energiebereich und die Digitalisierung. In der Außenpolitik gebe es, so das Communiqué neben Gebieten, auf denen ein Interessengegensatz herrsche, auch Bereiche gemeinsamer Interessen. Zu letzteren gehörten die Verhandlungen zum iranischen Atomprogramm, humanitäre Hilfe in Syrien und Fragen von Transport und Logistik in der nördlichen Dimension (Arktis).

Auf der Ebene der persönlichen Kontakte und der Unterstützung der Zivilgesellschaft betont das Papier auf der einen Seite die Unterstützungsmaßnahmen im Bereich des Austauschs und der Forschungsförderung, sowie die Zahl der vergebenen Visa. Dem werden die Verletzungen von Menschrechten auf russischer Seite gegenübergestellt. Dazu wird auf das von der EU erlassene EU Global Human Rights Sanction Regime verwiesen, auf dessen Grundlage Sanktionen gegen Personen wegen schwerwiegender Menschenrechtsverstöße verhängt werden können.[3] Derzeit fallen vier russische Staatsbürger, vier chinesische, zwei nord-koreanische Staatsbürger, zwei Libyer, zwei Tschetschenen und ein Sudanese unter dieses Regime.

Die vorgeschlagenen Politikoptionen gehen von der Annahme aus, dass eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zu Russland die wahrscheinlichere Variante ist. Gleichwohl sei es das Ziel, die aktuelle

[3] EU – Verordnung 2020/1998 über restriktive Maßnahmen gegen schwere Menschenrechtsverletzungen vom 7.12.2020.

Dynamik in eine stabilere und voraussagbarere Beziehung hin umzulenken. In dieser Absicht werde die EU Russland zurückweisen, eindämmen und sich engagieren.

Das Zurückweisen bezieht sich auf die Verletzung von Menschenrechten und Verstöße gegen das Völkerrecht. Als Reaktionsmöglichkeiten werden eine Verschärfung des Sanktionsregimes angedroht und legislative Maßnahmen gegen vom Ausland gesteuerte kriminelle Aktivitäten, Geldwäsche und Korruption sowie zum Schutz vor Zwang durch Drittstaaten in Aussicht gestellt.

Mit dem Ziel der Einhegung werden gemeinsame Maßnahmen mit den G7 und der NATO als willige Partner ins Auge gefasst. Diese betreffen in erster Linie Cyber-Sicherheit, Energie und hybride Bedrohungen. Zudem wird eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den östlichen Partnern avisiert unter Einschluss der Möglichkeit einer Sicherheitspartnerschaft.

Als Gebiete eines möglichen gemeinsamen Engagements werden das Gesundheitswesen und der Kampf gegen die Pandemie, Maßnahmen gegen den Klimawandel und zum Schutz der Umwelt sowie die Zusammenarbeit mit der Eurasischen Wirtschaftsunion zur Klärung technischer Fragen des Handels. Schließlich erhofft man sich auf den angesprochenen Feldern der Außenpolitik und der persönlichen Begegnungen eine verbesserte Zusammenarbeit.

Dieses Dokument wurde von den Staats- und Regierungschefs der EU auf ihrem Gipfeltreffen am 24.-25. Juni 2021 zur Grundlage ihrer Beratungen gemacht. Ein weitergehender Vorschlag zu einem Gipfeltreffen mit dem russischen Präsidenten, der den Teilnehmern von der deutschen Bundeskanzlerin und dem französischen Präsidenten vorgelegt wurde, hat das Gremium vor allem aufgrund des Widerstands von polnischer und baltischer Seite zurückgewiesen. Diesem Vorschlag wiederum war die Veröffentlichung eines Artikels des russischen Präsidenten in der ‚Zeit' am 22. Juni 2021 vorausgegangen, in der dieser aus Anlass des Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion die Offenheit seines Landes für ein faires und kreatives Zusammenwirken erklärt.[4]

In seiner Erklärung vom 25. Juni 2021 betonte der Europäische Rat die wesentlichen Inhalte des Communiqués und erwartet von Russland ein konstruktiveres Engagement und ein Ende aller Maßnahmen gegen die Mitgliedstaaten der EU und gegen Drittstaaten.[5] Die Kommission und der Außenbeauftragte werden aufgefordert, Vorschläge für die Umsetzung zu erarbeiten.

Auf diese Beschlüsse des europäischen Rates und das Treffen der Präsidenten Biden und Putin kurz zuvor reagierte der russische Außenmister mit einem Beitrag in 'Russia in Global Affairs' vom 28. Juni

[4] *W. Putin* Offen sein, trotz der Vergangenheit, Die Zeit v. 22.6.2021; https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-06/ueberfall-auf-die-sowjetunion-1941-europa-russland-geschichte-wladimir-putin/komplettansicht

[5] Beschlüsse des Europäischen Rates vom 24. und 25.Juni 2021, Pkte. 25 – 34. https://www.consilium.europa.eu/media/50763/2425-06-21-euco-conclusions-en.pdf.

2021.[6] Hier wiederholt er den Vorwurf, der Westen würde versuchen, der Welt einseitig seine Regeln aufzuerlegen, auch Ländern, die an der Erarbeitung nicht beteiligt worden seien, und sich dann bei Bedarf selber nicht daran halten. In der einseitigen Verhängung von Sanktionen sieht *Lavrov* ein totalitäres, imperialistisches und neo-koloniales Verhalten. Dem hält er die tausendjährige Geschichte Russlands und auch Chinas entgegen, aus der er das Recht dieser Staaten ableitet, selber und unabhängig von westlichen Vorstellungen über Werte und Regierungsformen zu befinden. Die Suche nach ‚willigen Partnern' sieht er als Versuche, die UN als eigentlich zuständige Institution zu umgehen. Die Ergebnisse des Europäischen Rates beschreibt er als den Erfolg einer 'russophoben Minderheit'. Die Partnerschaftsprogramme deutet er als einseitiges Bestreben der EU, geopolitische Räume in ihrer Nachbarschaft und darüber hinaus zu ‚umarmen', wohingegen Russland das Prinzip der Gleichrangigkeit achte. Mit eindeutigen Worten weist er jeden Versuch zurück, durch einseitige Maßnahmen Russland zu einem Verhalten zwingen zu wollen: *Let me emphasise what President Vladimir Putin has said on multiple occasions: there have been no unilateral concessions since the late 1990s and there never will be. If you want to work with us, recover lost profits and business reputations, let us sit down and agree on ways we can meet each other half way in order to find fair solutions and compromises.*

Vorschläge des russischen Außenministers sind auf eine Stärkung der Rolle der G 20 gerichtet und eine Anpassung des UN-Sicherheitsrates an die sich verschiebenden Gewichte in der neuen Weltordnung.

In einem Beitrag des russischen Kommentators *Lukyanov*[7], der kurz zuvor in der gleichen Zeitschrift veröffentlicht worden war, sucht dieser nach den Gründen der Entfremdung zwischen der EU und Russland. Seiner Auffassung nach liegt die Ursache in dem Umstand, dass die EU im Verhältnis zu Russland die gleichen Verfahren zur Vergrößerung anwenden wollte, wie bei der Erweiterung der EU um die anderen osteuropäischen Staaten. Ziel sei anfangs die Schaffung eines ‚Größeren Europas' gewesen unter Übernahme der liberalen Ordnung und der Schaffung gemeinsamer Institutionen. Es sei aber den liberalen Eliten in Russland nicht gelungen, das Land davon zu überzeugen, dass ein Souveränitätsverzicht in Verbindung mit der Übernahme des europäischen Models von Vorteil sei. Die EU gehe weiter von dem Konzept aus, Russland könne zu einem ‚größeren Europa' gehören. Diese Möglichkeit bestehe aber nicht mehr. Russland habe in dem Umgang mit dem Nawalny-Fall zum Ausdruck gebracht, dass es davon ausgehe, im Verhältnis zur EU nichts mehr zu verlieren zu haben. Man sollte sich von der Vorstellung lösen, dass es eine formale Partnerschaft zwischen Russland und der EU auf der Grundlage des europäischen Models geben könne. Wenn diese überholten Vorstellungen abgeräumt sein werden, könnten sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland auf neuer Grundlage entwickeln.

[6] *S. Lavrov* The Law, the rights and the rules, Russia in Global Affairs, https://eng.globalaffairs.ru/articles/the-law-the-rights-and-the-rules/.
[7] *F. Lukyanov* EU-Russia: What went wrong, Carnegie MoscowCenter, https://carnegie.ru/commentary/83945.

Und jetzt? Die Aussichten auf eine grundlegende Verbesserung in den Beziehungen in der nächsten Zeit erscheinen in der Tat bescheiden, nicht zuletzt auch aufgrund des Ausscheidens der deutschen Bundeskanzlerin aus dem Amt. Von wesentlicher Bedeutung wird voraussichtlich sein, das Konfliktpotenzial zu entschärfen, das mit dem Donbass und Belarus verbunden ist, aber auch der Politik der östlichen Partnerschaft insgesamt. Die EU weist Einflusssphären zurück und hat die Kraft seiner Wirtschaft auf seiner Seite, Russland reklamiert einen Großmachtstatus für sich und kann diesen zumindest in militärischer Hinsicht auch glaubhaft machen. Es sollte die Aufgabe der Diplomatie sein, den Staaten andere Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, als die Drohung, das überlegene eigene Potenzial zum Nachteil des anderen einzusetzen.

©Ostinstitut Wismar, 2021
Alle Rechte vorbehalten
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,
Dimitri Olejnik,
Dr. Hans-Joachim Schramm
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar
Philipp-Müller-Straße 14
23966 Wismar
Tel +49 3841 753 75 17
Fax +49 3841 753 71 31
office@ostinstitut.de
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751